



## Die Märzrevolution 1848

Clemens Rehm

Die französische Februarrevolution 1848 war ein Fanal für Deutschland, denn nicht nur in Modefragen schauten die Menschen aus ganz Europa auf die Seine-Metropole. Die hier entwickelten Gedanken zogen schnell Kreise über die Grenzen Frankreichs hinaus.

Die Bewunderung Frankreichs beruhte auf dem französischen „Vorsprung durch Freiheit“ – auf dem Geist der französischen Revolution von 1789. Die programmatischen Schlagworte „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ und die Entwicklung in Frankreich seit 1789 waren jedermann gegenwärtig.

So wurde Europa nicht von der Nachricht vom zeitlich früheren Aufstand in Palermo (13. Januar 1848) elektrisiert, sondern vom Regierungswechsel am 23. Februar in Paris: vom Sturz des Ministerpräsidenten Guizot. Doch allein der Ministerwechsel konnte in Frankreich die Reformwünsche nicht mehr beruhigen. Korruptionsaffären und Finanzskandale hatte das System spätestens in der Wirtschaftskrise des Jahres 1847 grundsätzlich in Frage gestellt. Der Ausschluss des Bürgertums von der politischen Macht und große wirtschaftliche Unsicherheiten bildeten den Nährboden für Wünsche nach weitreichenden Reformen. Als diese nach dem Ministerwechsel eingefordert wurden, richtete das Militär ein Blutbad unter den Demonstranten an. Sofort errichteten Pariser Bürger und Arbeiter etwa 1500 Barrikaden gegen das Militär: Mittel der Verteidigung und gleichzeitig Symbol für den Wunsch nach Veränderung – Bollwerk gegen die Vergangenheit.

Europas Bürger schauten gespannt – die Herrschenden mit Argusaugen – auf das französische Lehrstück „Revolution“. Die Situation in Deutschland war der



französischen Ausgangslage nicht unähnlich. Enttäuschung, Verbitterung und Unsicherheit machten sich breit.

Weder die Freiheitsrechte, die schon seit 50 Jahren erhofft wurden, noch die versprochenen „landständischen Verfassungen“ waren in allen Staaten des Deutschen Bundes verwirklicht worden. In manchen Fällen war sogar ein Rückschritt greifbar. So hatte der Deutsche Bund das badische Pressegesetz von 1832, das jegliche Zensur beseitigte, seinerzeit umgehend wieder aufgehoben: ein Thema, das im Jahr 1848 allen präsent war, so dass Struve auf der Mannheimer Volksversammlung am 27. Februar 1848 nur darauf hinweisen musste, um die Emotionen hochzutreiben. Pressefreiheit, Schwurgerichte (mit Laienrichtern besetzte Strafgerichte), Vereinsfreiheit, Volksbewaffnung und ein Parlament für ganz Deutschland – das waren die Forderungen der Mannheimer Versammlung.

Die Agrarkrisen und die Turbulenzen in der Finanz- und Wirtschaftswelt hatten in Deutschland in den Jahren 1846 und 1847 deutlich gezeigt, dass trotz der Einschränkungen der Freiheitsrechte das nackte Überleben im bisherigen Staats- und Gesellschaftssystem nicht gewährleistet war. Hunger war für viele nicht nur ein Wort, sondern wurde zur bitteren Realität. Erstmals waren in Baden Staatsinterventionen notwendig geworden, um industrielle Arbeitsplätze in drei Fabriken zu erhalten. Schließlich zog der Zusammenbruch des Bankhauses Haber viele Unternehmen in den Ruin. Eine Frage stellte sich immer drängender: Ließen sich all diese Probleme nicht besser in einem geeinten Deutschland bewältigen? Wo blieb die ersehnte nationale Einheit? Hunger und Bankrott stellten als akute Lebensbedrohung die Grundlagen der politischen Herrschaft in Frage. Das massive Verlangen des Bürgertums nach politischer Beteiligung und die Forderungen von Bauern und Arbeitern



angesichts alltäglicher Unzulänglichkeiten und Perspektivlosigkeit waren die logische Folge einer staatlichen und gesellschaftlichen Krise. Aufbruchsstimmung lag in der Luft. In dieser explosiven Situation erreichte die Nachricht von der Februarrevolution Deutschland.

Der Anstoß aus Frankreich füllte in Deutschland sofort die Säle, denn öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel waren noch verboten. Es war der berühmte Funke im Pulverfass. Die erwarteten Veränderungen im Politischen, im Wirtschaftlichen und im Gesellschaftlichen schienen möglich. In Baden, Württemberg, Hessen-Darmstadt, Nassau und anderen Staaten des Deutschen Bundes kam es zu Versammlungen der Bürger, auch zu Zusammenstößen von Aufständischen mit Regierungstruppen.

Mitte März (13.-15.3.) kam es in Wien zum Aufstand. Metternich musste nach England fliehen. Am 18. und 19. März beherrschten Unruhen und Straßenkämpfe Berlin, die einige hundert Todesopfer forderten, darunter auch Frauen und Kinder. Handwerker und Arbeiter stellten den Hauptanteil der Kämpfer und Opfer. Auf Befehl von König Friedrich Wilhelm IV. verließ das Militär die Stadt. In Berlin wurde daraufhin eine Bürgerwehr gebildet, welche die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Stadt übernahm.

Für Viele überraschend räumten die alten Mächte fast kampflos das Feld. Kaum jemand trat in dieser Zeit öffentlich für die Fortsetzung reaktionärer Politik und erst recht nicht für die Kleinstaaterei ein. Die Regierungen zeigten sich nachgiebig, und der Bundestag in Frankfurt am Main hob die Zensur für Druckschriften auf. In Bayern, Württemberg, Baden, Hessen-Darmstadt, Sachsen, Hannover und mehreren kleineren Staaten des Deutschen Bundes wurden liberale „Märzministerien“ berufen, die mit Jubel begrüßt wurden. Langjährige Oppositionsführer konnten nun Politik gestalten.



In der allgemeinen Freude über die beachtlichen Anfangserfolge überschätzte man die eigenen Möglichkeiten. Es erwies sich als verhängnisvoll, dass man die konservativen Kräfte – besonders stark in Preußen und Österreich – nicht realistisch einschätzte: ein früher Fingerzeig auf die Ursachen des Scheiterns der Revolution.

Der schnelle Sieg der Märzrevolution verdeckte auch die unterschiedlichen Beweggründe der Beteiligten. Liberale, Demokraten, Bauern, Arbeiter, Nord- und Süddeutsche, Landsmannschaften wie die in Schleswig und Holstein und Berufsgruppen wie Rechtsanwälte und Lehrer fühlten sich aus unterschiedlichen Beweggründen veranlasst, auf die Straße zu gehen.

Die zentrale Frage hieß im Frühjahr 1848: Würde es gelingen, die unzweifelhaft vorhandenen Kräfte zu e i n e r Kraft zu bündeln? Gab es gemeinsame Ziele? Konnten sich alle, trotz bestehender regionaler Unterschiede, auf das Ziel einer gemeinsamen deutschen Nation einigen? Musste bei der Entscheidung für die Einheit Deutschlands die Freiheit und damit die Fortsetzung der Revolution bis zur endgültigen Entmachtung der alten Mächte aufgegeben werden?

Im März 1848 konnte kaum jemand ein Konzept für eine r e v o l u t i o n ä r e Umwälzung vorlegen. Revolutionäres Pathos von Volksführern wie Friedrich Hecker oder Gustav Struve oder der Versuch der Demokraten, mit einer „Permanenzerklärung“ des Vorparlaments, das seit dem 31. März in Frankfurt am Main tagte, die Französische Revolution von 1789 zu kopieren, waren nur hilflose Notlösungen. Zudem lehnten liberale Reformer die Fortentwicklung der Märzbewegung zu einer gesamtdeutschen Revolution ab.



Auch in den Köpfen der nun herrschenden politischen Klasse hieß es: „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht!“ – um Reformen verwirklichen zu können.

Nachdem Hecker und Struve mit ihrem Programm im Vorparlament keine Mehrheit gefunden hatten, versuchten sie im April 1848, eine republikanische Erhebung in Baden zustande zu bringen: „Hier in Frankfurt ist nichts zu machen, jetzt gilt’s in Baden loszuschlagen!“

Der „Heckerzug“, der von Konstanz nach Karlsruhe führen sollte, scheiterte vorrangig an der fehlenden Unterstützung durch die Bevölkerung. Er wurde durch Bundestruppen bereits bei Kandern niedergeschlagen.

Stütze der Monarchien blieb neben dem Beamtenapparat das Militär. Konnte das Militär für die Sache des Volkes gewonnen werden und konnten die Reformkräfte die Befehlsgewalt über das Militär erlangen?

Der Erfolg der Barrikadenkämpfe in Berlin schien die Märzbewegung zu stärken. König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen hatte das gegen die Bürger eingesetzte Militär zurückziehen müssen, und der „Kartätschenprinz“ Wilhelm (der spätere Kaiser Wilhelm I.), der für seine harte Linie gegen die Revolution bekannt war, musste ins Ausland fliehen. Schließlich musste Friedrich Wilhelm IV. den Märzgefallenen seine Achtung erweisen: der preußische König mit schwarz-rot-goldener Armbinde. So entstanden politische Hoffnungen auf einen Deutschen Kaiser.

Jedoch hatten die alten Machthaber aus taktischen Gründen ihre militärische Überlegenheit in den Barrikadenkämpfen nicht ausgespielt. Die Revolutionäre verdrängten das Wissen um die wahren Machtverhältnisse und verkannten die Strategie der Monarchien. Das Scheitern der Revolution war dadurch langfristig angelegt, zumal die Bauern, nachdem ihre Forderungen erfüllt waren, ihr Engagement aufgaben und sich geradezu konservativ verhielten.



Liberale und Demokraten setzten sich für die Fortführung des Kampfes in einem gesamtdeutschen Parlament ein. Hier sollte vollendet werden, was die Märzbewegung in Gang gesetzt hatte.

Mit einem kämpferischen „Wir haben’s gewagt!“ blickte man optimistisch nach Frankfurt am Main, wo sich die „Deutsche Nationalversammlung“ am 18. Mai 1848 als erstes deutsches Parlament konstituierte.